

Stand: 26.04.2024 21:11:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14921

"Landesentwicklungsprogramm: Erneutes Anhörungsverfahren nutzen für substanzielle Verbesserungen!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/14921 vom 28.11.2012
2. Beschluss des Plenums 16/14989 vom 29.11.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 113 vom 29.11.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Horst Arnold, Maria Noichl und Fraktion (SPD)**

Landesentwicklungsprogramm: Erneutes Anhörungsverfahren nutzen für substanzielle Verbesserungen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das im Kabinett am 28. November 2012 beschlossene erneute Anhörungsverfahren zum LEP dazu zu nutzen, endlich die von den Verbänden und Parteien im Landtag vorgebrachten Verbesserungsvorschläge und Anregungen aufzunehmen und ein nachhaltiges schlagkräftiges Landesentwicklungsprogramm (LEP) auf den Weg zu bringen. Hierbei muss Qualität vor Schnelligkeit gehen.

Begründung:

Das erste Anhörungsverfahren hat eine Vielzahl substanzieller Kritikpunkte erbracht, die laut Pressemitteilung der Staatsregierung nur sehr rudimentär aufgenommen wurden. Notwendig ist aber ein Landesentwicklungsprogramm, das verbindliche Ziele und Grundsätze für Regionen mit besonderer Anforderung vorgibt und nicht nur, unserer Ansicht nach, blumige Absichtserklärungen.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Bernhard Roos, Horst Arnold, Maria Noichl** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/14921

Landesentwicklungsprogramm: Erneutes Anhörungsverfahren nutzen für substanzielle Verbesserungen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Martin Schöffel

Abg. Thomas Mütze

Abg. Dietrich Freiherr von Gumpenberg

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Dr. Martin Runge

Staatsminister Martin Zeil

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)

Landesentwicklungsprogramm: Erneutes Anhörungsverfahren nutzen für substantielle Verbesserungen! (Drs. 16/14921)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Dem LEP endlich eine wirkliche Chance geben - Anhörungsfrist verlängern, Zukunftsplanung ermöglichen (Drs. 16/14933)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Karl, bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist wieder Marmeladentag. Das heißt, jetzt kommt die wöchentliche Dosis an Landesplanung, wie schon letztes Mal angekündigt. Der Anlass heute ist der Beschluss des Kabinetts, einen neuen Entwurf zum Landesentwicklungsprogramm vorzulegen und in eine neue Anhörung der Verbände vom 30.11.2012 bis zum 14.01.2013 zu gehen. Die Reaktionen, die es auf diesen Entwurf vonseiten des Städtetags und von vielen anderen schon gibt, sowie die eigene Einschätzung machen deutlich, dass die Anregungen und die Fachkritik der Verbände aus der ersten Anhörung in den neuen Entwurf praktisch leider nicht aufgenommen worden sind.

Es gibt allerdings kleine Verbesserungen. So wird die Tourismuswirtschaft im LEP immerhin mit einem Satz gewürdigt. Die Gesundheitsversorgung hat jetzt – es war peinlich genug, dass das bisher nicht der Fall war – immerhin Zielcharakter und ist nicht mehr nur ein Grundsatz. Am neuen Entwurf fällt auf, dass vor allem der Lyrikteil immer größer geworden ist. Es gibt schöne, deskriptive Teile im Begründungstext; es gibt eine wunderbare Aufzählung, zum Beispiel all der verschiedenen Formen von erneu-

erbaren Energien im Energieteil, aber es gibt keinerlei Ansätze zu den raumordnerischen Erfordernissen der Energiewende, des demografischen Wandels und zu vielen anderen Themen. Die neuesten Statistiken der Entwicklung der Bevölkerung in Bayern zeigen den enormen Handlungsbedarf. Die Bevölkerungsverluste in den nördlichen Regionen Bayerns und auch der Zuzugsdruck auf die großen Städte verschärfen sich immer mehr.

Was das Thema Energiewende betrifft: Biogasanlagen werden nun einmal nicht im Nirwana gebaut. Auch bei Windkraftanlagen und bei der Photovoltaik gibt es massive raumordnerische Konflikte, für die es vernünftige Lösungen geben muss.

Die Bereiche Bildung, Kultur, Soziales und Gesundheit werden im neuen Entwurf genauso stiefmütterlich behandelt wie im alten. Das zeigt, dass diese Bereiche kein Herzensanliegen der Staatsregierung sind. Hier verbindliche Zusicherungen für die jungen Menschen und die Familien in allen Teilen Bayerns zu machen, ist dann eine Versündigung am Gedanken gleichwertiger Lebensverhältnisse, wenn man hier außer schönen Worten nichts zu bieten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein fauler Apfel wird auch dann nicht essbar, wenn man ihn mit Zuckerguss überzieht. Deshalb sage ich wiederum: Weg mit diesem Entwurf, bitte einen neuen Versuch!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Martin Runge (GRÜNE))

Ich komme nun zum Thema Transparenz und Beteiligung, das sich die Staatsregierung in letzter Zeit auf die Fahnen geheftet hat. Minister Ramsauer hat eigens ein neues Konzept der Bürgerbeteiligung verabschiedet. Was macht die Staatsregierung? – Die erste Anhörung wurde in die Sommerferien gelegt, die zweite findet in der Weihnachtszeit und zwischen den Jahren statt, also genau in der Zeit, in der kommunale Gremien und Verbände aus gutem Grunde nur ganz selten tagen und sich dieser

komplexen Materie nur mit Schwierigkeiten widmen können. Daran sieht man, dass die Angst der Staatsregierung vor dem real existierenden Bürger immer stärker wird. Am besten beteiligt man niemanden mehr, wurstelt sich durch und hofft, dass man den Entwurf irgendwie, am besten unter Ausschluss der Öffentlichkeit, bis zum Wahltermin noch verabschiedet bekommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben schon hundertmal betont und tun das gerne jede Woche wieder, dass Qualität vor Schnelligkeit gehen muss. Es geht nicht an, ein Landesentwicklungsprogramm durchzuboxen, dessen einzige Qualität darin besteht, dass es etwas dünner ist als das letzte Exemplar. Die Zeit für die Anhörung muss ausreichend lang sein, damit alle Verbände den neuen Entwurf ausreichend diskutieren können. Die Anregungen müssen dann in einen hoffentlich besseren Entwurf des Landesentwicklungsprogramms Eingang finden. Endlich müssen überfachliche Koordinierung und Konfliktlösungswege Einzug halten. Endlich muss die Aufgabe ernst genommen werden, Bayern für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER werden wir auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Muthmann für die FREIEN WÄHLER, bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die allwöchentliche Debatte hat für mich persönlich zumindest den positiven Effekt, dass ich mittlerweile den Film "Und täglich grüßt das Murmeltier" auch kenne. Ich dachte, wenn die Kolleginnen und Kollegen so leidenschaftlich darüber reden, will ich demnächst auch mitreden können. Das ist jetzt der Fall. Allerdings bin ich nicht ganz so sicher, ob die Parallelen, die da gezogen werden, auch bis zum Ende gelten. Wenn ich nämlich den Film richtig verstanden habe, nimmt er durchaus eine positive Entwicklung, wenn man die Dinge nur oft genug betrachtet. Ob das hier

der Fall sein wird, muss man anzweifeln. Das beginnt schon beim Verfahren, auf das sich unser Dringlichkeitsantrag bezieht.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, Sie haben schon wegen der Anhörung über die Sommerpause viel formale Kritik einstecken müssen. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie jetzt wiederum einen Zeitraum wählen, in dem eine substanzielle Befassung erschwert ist. Bei Einzelpersonen mag das anders sein. Da kann man sagen, über die Feiertage ist Zeit, sich intensiv und in Muße und mit Ruhe damit zu befassen. Wenn Sie meinen, dass das die Feiertagsbeschäftigung der bayerischen Bevölkerung sein sollte, kann man das dahingestellt sein lassen. Aber die Verbände, insbesondere die großen, die sich zu ihren Gesamtsitzungen und Vollversammlungen nur wenige Male im Jahr treffen, die regionalen Planungsverbände beispielsweise, werden größte Schwierigkeiten haben, diese Frist einzuhalten. Sie sollten im Verfahren zumindest zu erkennen geben, dass sie auf die Antworten und Reaktionen der Anzuhörenden Wert legen und ihnen die Chance geben, binnen angemessener Frist zu antworten. Ich meine, Sie wären gut beraten - das ist ein sehr wohlwollender, konstruktiver Antrag -, dafür zu sorgen, dass Sie zumindest im Verfahren nicht wieder unnötige Kritik einstecken müssen.

In der Sache kann ich mich Frau Kollegin Karl anschließen. Allein ein paar kleine Korrekturen, ein paar Ergänzungen an dem einen oder anderen Punkt reichen sicherlich nicht aus. Das hat die bisherige Debatte deutlich gemacht. Ich will hier noch keine Bewertung vornehmen, weil uns der Entwurf noch gar nicht vorliegt. Wir können die Dinge noch nicht in der angemessenen Art und Weise bewerten. Es bleibt aber die Erwartung an die Autoren dieses Landesentwicklungsprogramms in der Staatsregierung, dass ein umfassendes Gesamtwerk vorgelegt wird, das die Gesamtsteuerung ermöglicht, das für die Fachministerien Leitplanken einzieht und die wesentlichen Fragen klärt, wie und mit welchen Instrumenten das Gesamtziel gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern erreicht werden soll. Ob und inwieweit der überarbeitete, hoffentlich auch verbesserte, Entwurf des Landesentwicklungsprogramms das zu leisten instan-

de sein wird, werden wir sicherlich an einem der nächsten Tage, an dem das Marmeltier wiederum grüßen wird, noch einmal zu debattieren haben.

Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der SPD zustimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, Herrn Minister Zeil in der Verfahrensfrage und damit unseren Antrag zu unterstützen, damit die Verfahren, Instrumente und Schritte so angelegt werden, dass die Verbände wahrnehmen, dass auf ihre Stellungnahme gehört und sie ernst genommen wird. Sie sollen die Chance haben, sich ernsthaft und vertieft mit dem verbesserten Entwurf auseinanderzusetzen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. Bevor wir in der Debatte fortfahren, gebe ich die Ergebnisse zu drei namentlichen Abstimmungen bekannt. Der Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Professor Ursula Männle und anderer und Fraktion (CSU) und der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Dr. Otto Bertermann und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Kommunale Wasserversorgung sichern", Drucksache 16/14920, wurde einstimmig angenommen. Es gab 127 Ja-Stimmen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Hanisch und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Öffentliche Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand!", Drucksache 16/14931, wurde in geänderter Fassung ebenfalls einstimmig mit 127 Ja-Stimmen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Dr. Förster, Schmitt-Bussinger und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Keine Einbeziehung der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, Sozialdienstleistungen

gen und des Rettungswesens in eine EU-Dienstleistungskonzession", Drucksache 16/14932, wurde mit 57 Ja-Stimmen und 70 Nein-Stimmen ohne Stimmenthaltungen abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir fahren in der Debatte fort. Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Martin Schöffel von der CSU-Fraktion auf.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zum Zeitplan und zu den Arbeitsschritten, damit man hier klar sieht: Das Verfahren war bisher sehr umfangreich, und es ist noch einiges vorgesehen. Von einem Durchpeitschen kann bisher nicht die Rede sein. Es wurde schon ausgeführt, wie lange das erste Anhörungsverfahren gedauert hat; an das Ministerium wurden 2.500 Rückmeldungen gegeben. Ich weiß, dass in allen Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen über den Entwurf des Landesentwicklungsprogramms ausführlich diskutiert wurde. Die Stellungnahmen wurden ausgewertet und sind in die Überarbeitung eingeflossen. Es gab die Ressortanhörung, und es gibt jetzt ein erneutes Anhörungsverfahren, in dem sich noch einmal Kommunen, Verbände und Einzelpersonen äußern können. Erst dann steht die Behandlung im Plenum und in den Ausschüssen an. Dann gibt es gegebenenfalls noch eine Expertenanhörung und die erneute Behandlung im Plenum.

Wir haben also noch sehr viele Möglichkeiten, um am Landesentwicklungsprogramm zu feilen. Ich frage mich allerdings, ob es dem Selbstverständnis der Abgeordneten entspricht, das Thema LEP hier jede Woche auf die Tagesordnung zu bringen, ohne konkrete Formulierungs- und Änderungsvorschläge zu machen

(Beifall bei der CSU)

und nur pauschale Kritik zu üben. Ich denke, da können wir, wenn wir in das Verfahren einsteigen, alle miteinander noch wesentlich mehr.

Aus den Ergebnissen des ersten Anhörungsverfahrens ist schon einiges in das LEP eingeflossen. Ich nenne einmal:

Lockerungen beim Anbindegebot als Ausnahmefall für Logistikunternehmen an Autobahnausfahrten und -zubringern, bei denen wir bisher immer schwer gekämpft haben, vor Ort eine vernünftige Lösung zu finden; Ausnahmen für produzierende, emittierende Gewerbebetriebe, die direkt in Siedlungsflächen nichts zu suchen haben; Aufnahme des Themas Tourismus als wichtigen Wirtschaftszweig mit Priorität; das Thema erneuerbare Energien und deren Nutzung. Alle erneuerbaren Energien werden genannt, und auch Festlegungen zur Energieeffizienz und Energieeinsparung werden getroffen.

Auch wir wollen, dass das neue LEP neue Impulse für die Entwicklung von ganz Bayern gibt. Dabei wird es sehr spannend sein – darin stimme ich zu –, sich mit der Entwicklung der Regionen mit besonderem Handlungsbedarf auch besonders zu befassen. Die Staatsregierung hat zum Beispiel den umfassenden Aktionsplan "Demografischer Wandel" beschlossen. Für dessen Umsetzung stellt das LEP nicht nur eine wichtige Grundlage dar; dieser Aktionsplan sollte auch im LEP verankert werden.

Allerdings ist auch klar, dass die Entwicklung von Regionen nicht in erster Linie durch staatliche gesetzliche Festlegungen geschieht, sondern durch konkretes Handeln vor Ort, und das sollten wir dabei auch nie aus den Augen verlieren.

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Ziel des LEP und seiner Überarbeitung ist doch gerade, bei den kommunalen Entscheidungsträgern auch Fesseln einer zu bürokratischen Landes- und Regionalplanung zu lösen. Das Thema Raumordnung für Windkraft läuft bei den Regionalplanungsverbänden mit der kommunalen Beteiligung und Verantwortung vor Ort sehr gut. Auch für die Regionen außerhalb des besonderen Handlungsbedarfes sind wichtige Ziele und Grundsätze festgelegt und noch festzulegen; und für eine gute Entwicklung,

die auch in Richtung einer gezielten Entschleunigung gehen kann, ist das LEP staatliche Leitplanke für die räumliche Ordnung in Bayern.

Ich bin mir sicher, dass noch viele Vorschläge in den Anhörungsverfahren sowie in der parlamentarischen Beratung eingehen werden, die die Staatsregierung selbstverständlich würdigen und gegebenenfalls auch berücksichtigen wird. Wir haben auch in unseren Beratungen im Landtag die Möglichkeit, weitere Konkretisierungen vorzunehmen. Ich kann mir dabei noch einiges vorstellen, beispielsweise im Bereich der Außenstellen von Hochschulen und von Forschungseinrichtungen. Das gibt neue Impulse im ganzen Land.

Wir freuen uns auf die weitere Beratung des LEP-Entwurfs mit Ihnen im Bayerischen Landtag. Wir halten die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER nicht für notwendig. Dabei vertrauen wir der Regie des Wirtschaftsministers und können auch zusichern, dass jede Eingabe, die ein Verband macht, jede Beschlussfassung, die ein kommunales Gremium macht, in die Beratungen einfließen wird. Dafür gibt es noch zahlreiche Möglichkeiten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie noch, da wir eine Zwischenbemerkung der Kollegin Karl haben. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege, Sie haben gesagt, das Landesentwicklungsprogramm soll helfend, koordinierend oder unterstützend bei der Umsetzung des Aktionsprogramms "Demografischer Wandel" sein.

Ich frage Sie deshalb: Wie soll das funktionieren, wenn alle Konkretisierungen zum Vorhalteprinzip im Landesentwicklungsprogramm, und zwar in beiden Entwürfen, nicht mehr im Ziel- und Grundsätze-katalog enthalten sind, sondern lediglich in dem völlig unverbindlichen Begründungsteil?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, zur Erwiderung; bitte.

Martin Schöffel (CSU): Das Vorrang- und das Vorhalteprinzip sind entscheidende Grundlagen des LEP und, wie gesagt, ich kann mir dabei noch weitere Konkretisierungen vorstellen. Ich denke aber, es wäre notwendig, dass man auf diesen Aktionsplan Bezug nimmt und das, was als Meinung und als Ziel der Staatsregierung festgelegt ist, auch als Ziel und Grundsätze in das LEP einfließen lässt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Kollege. – Weitere Zwischenbemerkungen werden mir nicht angezeigt. Damit fahren wir in der Debatte fort, und zwar mit dem Kollegen Thomas Mütze für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN; bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Schöffel! Wo ist er? – Da steht er, gleich im Austausch mit der Kollegin Karl. Unsere Anmerkungen und Vorschläge hat der Staatsminister schon lange in schriftlicher Form vorliegen, von daher ist Ihr Vorwurf, wir hätten keine Vorschläge gemacht, leider ziellos im Nichts versunken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich müsste man beide Anträge zusammennehmen. Die SPD fordert in ihrem Antrag mehr Qualität im LEP, und die FREIEN WÄHLER fordern mehr Zeit. Beides gehört zusammen: Zeit bringt Qualität. Genau das Gegenteil hat über den Sommer hinweg dafür gesorgt, dass – hopplahopp – die Einwender sich beeilen mussten, dass Kommunen ihre Einwendungen schnell-schnell formulieren mussten. Trotzdem sind 2.500 Einwendungen eingesandt worden.

Ich habe jetzt nur eine halbe Stunde Zeit gehabt, mich mit dem Plan zu beschäftigen, aber mehr braucht man auch nicht, denn in einer halben Stunde hat man erkannt: Da sind 2.500 Einwendungen für die Katz gewesen, absolut für die Katz. Ich bin entsetzt, muss ich sagen.

(Zuruf von der CSU: Wir auch!)

Wenn ich mir vorstelle, dass da wirklich Leute Hirnschmalz herausgekramt und fachliche Anmerkungen gemacht haben, und dann sehe, was damit passiert, nämlich fast nichts, dann muss ich echt sagen: Hier hat jemand nicht verstanden, was das Prinzip Anhörung überhaupt bedeutet, nämlich, auf gegebene inhaltliche und fachliche Anmerkungen zu reagieren und nicht zu sagen: Fachliche Anmerkung – ja, das ist ja ganz schön, aber das interessiert mich eigentlich eher weniger.

Lieber Kollege Schöffel, Sie haben auch gesagt, demografischer Wandel bilde sich ab. Dazu muss ich sagen: Beim demografischen Wandel hat sich nichts geändert. Es gibt ein Ziel, das ist das Vorhalteprinzip, ansonsten Grundsätze, und Sie wissen genau wie ich: In der Abwägung werden diese Grundsätze immer hinten runterfallen. Also: Demografischer Wandel – Pustekuchen! Klimaschutz – Fehlanzeige! Raumstruktur – Fehlanzeige! Verkehr – alles nur Grundsätze, außer natürlich der Flughafen München, trotz Bürgerentscheid, außer dem Donauausbau. Alles andere, was mit Verkehr zu tun hat: Grundsatz, kann man vergessen. Energieversorgung – da fällt der Staatsregierung endlich ein, dass erneuerbare Energien mehr sind als Wind und Sonne – das ist ja immerhin mal etwas –, und bei der Gesundheit, das haben die Kolleginnen und Kollegen aber schon gesagt, ist immerhin die Gesundheitsversorgung auch in der Fläche jetzt endlich das Ziel.

Das erste Fazit, lieber Herr Staatsminister Zeil, ist: Dieser zweite Entwurf ist ein Reinfall, das muss ich Ihnen leider so sagen. Er ist ein Schlag ins Gesicht derer, die eine Einwendung gemacht haben. Anders kann ich es nicht formulieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ich am Schlimmsten finde: Sie widersprechen Ihrer eigenen Vision. Sie schreiben uns hier eine Vision 2025, in der Sie – Zitat Seite 7 - sagen: "Wichtige Akteure werden bei Planungen und Maßnahmen frühzeitig eingebunden." - Ja, was bedeutet denn "einbinden"? Die dürfen etwas sagen, das schaue ich mir an und sage dann: Tut mir leid, aber das wollte ich jetzt nicht aufnehmen. – Ist das die Bürgerbeteiligung, die uns

dann bevorsteht? Vielen Dank! Herr Staatsminister, ich bitte wirklich darum, auch in Anbetracht dessen, dass viele Menschen auch Arbeitszeit dafür vergeuden, dass Sie in der nächsten Phase, die uns bevorsteht, darauf hören, was Ihnen Menschen sagen, die sich mit der Materie auskennen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich darf Ihnen ankündigen, dass die CSU-Fraktion zum Antrag der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat; und wenn Herr Kollege von Gumpenberg seine 16 Minuten Redezeit voll ausschöpft, können wir auch sofort abstimmen. Bitte schön, Herr Kollege.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Frage des LEP bedarf es keiner großen Aufregung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Herr Präsident, bin ich dran?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ja, doch.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Okay. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bedarf keiner großen Aufregung, wenn wir hier über das LEP beraten. Ich glaube, dass dem einen oder anderen, der bisher Ausführungen gemacht hat, Prozesse, wie sie in der Wirtschaft, offensichtlich auch im Parlament, üblich sind, nicht geläufig sind.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber Ihnen?)

Man erstellt eine Vorlage, anhand derer man in die Beratungen geht. Man gibt sie anderen zur Sichtung, zur weiteren Beratung und eröffnet die Möglichkeit, Einwände vorzutragen. Die Einwände werden gesammelt und in den Fällen, in denen man sie als

berechtigt empfindet, aufgenommen; in anderen Fällen werden sie nicht aufgenommen. Anschließend wird ein neues Papier zusammengefügt – das ist immer noch Teil des Prozesses –, und man gibt es wieder in die Beratung.

Angesichts Ihrer Ausführungen, meine Damen und Herren von der Opposition, entsteht der Eindruck, als ob all dies gar nicht passiere. Sie behaupten, es gäbe ein LEP, das gänzlich ungenügend wäre und seinen Zweck nicht erfüllen würde. Dabei ignorieren Sie vollkommen, dass auch an diesem LEP gearbeitet wurde. Es gab eine Vorlage; Sie haben es als positiv eingeschätzt, dass sie verschlankt wurde.

(Abgeordnete Annette Karl (SPD) steht am Saalmikrofon)

- Ja, Frau Karl?

(Annette Karl (SPD): Reden Sie erst fertig!)

- Ich rede schon fertig. Keine Angst!

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist ja das Schlimme!)

Ich habe heute viel Zeit.

(Annette Karl (SPD): Ich habe auch noch Zeit!)

Sie ignorieren letztlich die Arbeit des Ministeriums und der gesamten Staatsregierung. Sie ignorieren, dass Veränderungen vorgenommen worden sind. Gerade Sie, Frau Karl, haben meiner Einschätzung nach allen Grund, hier zu deutlich zu machen, dass die Einwände, die Sie im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vorgetragen haben, berücksichtigt worden sind. Sagen Sie es doch wenigstens! Gehen Sie hier nach vorn und sagen Sie: Ich hatte Einwände. Diese sind berücksichtigt worden.

Wir versuchen, ein Programm für Bayern zu entwickeln. Das LEP soll dem Land und der Politik in diesem Land einen Rahmen setzen. Mir scheint ein großes Missverständnis-

nis vorzuliegen, was das LEP angeht. Sie wollen – zumindest der Redner der GRÜNEN, Herr Mütze, will es – einen Brockhaus haben, der von A bis Z alles regelt. Das ist Ausdruck einer Regelwut. So etwas kann das LEP zu keinem Zeitpunkt leisten. Das ist vollkommen unmöglich. Das LEP ist nichts anderes als der Rahmen, der gesetzt wird, um die Vision – ein Redner sprach von "Vision" – Bayerns zu erfüllen. Dafür hat das Ministerium einen hervorragenden Dienst geleistet.

In der heutigen Ausgabe der "Süddeutschen Zeitung" lese ich als Headline: "Kritik unerwünscht". Ich weiß nicht, was der Autor dieses Beitrags damit meint. Er schreibt nämlich weiter, das Kabinett ignoriere die vielen Einwände gegen das neue LEP. Unrichtig! Das stimmt nicht! Die Einwände werden berücksichtigt.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo denn?)

Das Ministerium setzt sie um. Nur: Nicht alles wird umgesetzt.

(Zurufe von den GRÜNEN: Na toll! - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das Wenigste!)

- Nein. – Ich habe darüber nachgedacht, was man unter Umständen mit dem LEP vergleichen könnte, was eine vergleichbare Größe wäre.

Sie von der Opposition wollen im Grunde genommen aus einer Metzgerei, einer Bäckerei und einem Industriebetrieb ein Einheitsunternehmen formen. Das geht nicht. Das funktioniert genauso wenig, wie der Versuch, unterschiedliche Sportarten zu einem einheitlichen System zu vereinen. Beides geht nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben wohl noch nie etwas von Biathlon oder der Nordischen Kombination gehört?)

- Wenn Sie mit Ihren Anmerkungen fertig sind, rede ich weiter. Ich lasse Sie sonst auch reden. Danke.

Lassen Sie uns zu konkreten Punkten des LEP kommen. Der Vorredner hat schon darauf hingewiesen, dass sich 2.500 Beteiligte zum LEP geäußert haben. Darunter waren 1.300 Äußerungen aus den Kommunen, die ich als sehr wichtig erachte.

Alles in allem stellt man fest, dass die eingegangenen Äußerungen ein äußerst heterogenes Bild zeichnen, was die Resonanz angeht. Neben vielen kritischen Äußerungen gibt es auch eine positive Resonanz. Insbesondere die Verschlinkung und der neue Aufbau des LEP werden begrüßt. Positiv werden auch der Verzicht auf eine Präambel und die Einführung eines Leitbildes gesehen. Einzelne Festlegungen, zum Beispiel die zu den gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, zum Vorrangprinzip, zum Vorhalteprinzip, zum Altenplan, sind weitgehend unstrittig und werden vielfach unterstützt. Das sind die positiven Seiten der Resonanz, die aber von der Opposition ignoriert werden. Ich kann zwar nachvollziehen, dass Sie so argumentieren, aber die Wirklichkeit sieht anders aus.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

- Ich bitte um Entschuldigung, Herr Mütze. Vielleicht habe ich nicht genau hingehört.

Die im LEP enthaltenen Festlegungen berücksichtigen die Reformvorgaben Deregulierung, Entbürokratisierung und, soweit möglich, Kommunalisierung. Den häufigsten Forderungen – mehr Verbindlichkeit der Festlegungen, Ziel statt Grundsatz – konnte nur in wenigen Fällen gefolgt werden, da bei der Festlegung der Grundsätze der Raumordnung hinsichtlich ihrer sachlichen und räumlichen Bestimmtheit bzw. der Bestimmbarkeit des Inhalts sowie der Adressaten strikte gesetzliche Anforderungen bestehen.

Kritisch wird angemerkt, der vielfach beklagte demografische Wandel sei nicht in der entsprechenden Form berücksichtigt worden. Die Festlegungen zum demografischen Wandel einschließlich des Vorhalteprinzips seien zu knapp und unverbindlich. Das Vorhalteprinzip wird begrüßt; jedoch wird bemängelt, dass es an einer Konkretisierung fehle.

Dazu kann ich Ihnen sagen: Ziele und Grundsätze des LEP können sich nur auf die räumliche Entwicklung und Ordnung beziehen, nicht auf andere gesamtgesellschaftliche Herausforderungen. Ausschließlich die räumlichen Konsequenzen des demografischen Wandels, das heißt, die daraus resultierenden Herausforderungen, sind Grundlage für die Festlegung in Kapitel 1.2 LEP-E. Insofern sind sie abschließend erfasst.

Meine Damen und Herren, es ist müßig, über die Behauptung zu sprechen – meine Vorredner, insbesondere die der Opposition, haben es mehrfach getan –, dass es wöchentlich eine "Parade des LEP" gebe. Ich sage: Hier geht es nicht um die Darstellung des Murmeltiers, sondern das LEP wird behandelt.

Ich kann nachvollziehen, dass Sie als Opposition möglicherweise einen Ansatzpunkt sehen, diese erfolgreiche Staatsregierung in der Frage des LEP in die Diskussion zu zwingen. Nicht nachvollziehen kann ich Ihre Forderung, die Frist für die Anhörung zu verlängern, den Prozess zu wiederholen oder vermehrt kritische Anregungen aufzunehmen. Sie kennen das Ergebnis der Schlussrunde noch nicht und melden schon zur Halbzeit des Spiels Kritik an.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie noch. Wir haben von der Kollegin Karl eine Zwischenbemerkung angezeigt bekommen, zu der ich ihr jetzt das Wort erteile. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Lieber Herr Kollege von Gumpenberg, Ihre – um es höflich auszudrücken – sehr unpräzise Zitier- und Ausdrucksweise macht die Diskussion manchmal etwas schwierig.

Ich möchte erstens darauf hinweisen, dass ich nicht gesagt habe, das LEP sei schlecht. Das kann ich auch nicht sagen, weil es noch kein neues LEP gibt. Bisher liegen diverse Entwürfe vor, die wir in einem hoffentlich konstruktiven Prozess zu einem guten Ende führen können.

Das Zweite: Wenn Sie meine Erfolge im Wirtschaftsausschuss zitieren, finde ich das lobenswert. Dann müssen Sie aber auch die gebotene Unterscheidung zwischen dem Landesplanungsgesetz und dem Landesentwicklungsprogramm vornehmen. Das sind nämlich zwei unterschiedliche Dinge. Das Landesplanungsgesetz bietet die gesetzgeberische Grundlage für das, was im LEP geschrieben wird. Es ist tatsächlich gelungen, im Landesplanungsgesetz festzulegen, dass die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur und Gesundheit weiterhin Raum im Landesentwicklungsprogramm finden. Leider ist, wie ich vorhin betont habe, die Umsetzung im Landesentwicklungsprogramm nach unserer Einschätzung noch sehr mangelhaft.

Leider kann ich beim Landesentwicklungsprogramm bis jetzt keine Erfolge feststellen, die wir im Wirtschaftsausschuss erzielt hätten. Es ist dort ja auch noch nicht behandelt worden. Es gibt auch keinen Entwurf für den Landtag.

In diesem Sinne bitte ich Sie, nicht immer Äpfel mit Birnen gleichzusetzen; denn wir wollen die gute Diskussionskultur im Wirtschaftsausschuss und auch hier zum Thema Landesentwicklungsprogramm fortführen. Uns eint ja das Ziel, dass am Ende etwas Gutes herauskommt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung bitte Herr von Gumpenberg.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Frau Karl, wir haben im Wirtschaftsausschuss eine durchaus positive Diskussionskultur. Ich verwechsle auch nicht das LEP und das Landesplanungsgesetz. Tatsache ist, dass Sie auch im persönlichen Gespräch mit mir gewisse Anregungen gegeben und Bitten geäußert haben. Diese wurden nachvollzogen, und die würde ich Ihnen als Erfolg zurechnen. Ich hoffe, dass Sie mit dieser Antwort zufrieden sind.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zu einer weiteren Intervention hat Herr Dr. Runge das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Werter Herr von Gumpenberg, Sie sind zum Schluss Ihrer Ausführungen auf das Verfahren eingegangen und haben Ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, dass mitten im Verfahren Kritik geäußert wird. Wie erklären Sie denn dann die Tatsache, dass sich reihenweise kommunale Gremien – Gemeinderäte, Stadträte, Kreistage – einstimmig, das heißt mit den Stimmen der FDPler, soweit solche in den Organen vorhanden sind, über das Verfahren beschwert und gesagt haben: Es ist eine Zumutung, dass wir uns damit in den Ferienausschusssitzungen befassen müssen. Alle haben an die Bayerische Staatsregierung appelliert, Fristverlängerungen zu ermöglichen. – Das ist das eine.

Das andere ist dies: Es wäre schön, wenn Sie sich, sobald Sie sich mit der Materie befassen, mit den konkreten Vorwürfen und Kritikpunkten auseinandersetzen, statt immer nur allgemein zu schwadronieren. Verzeihen Sie diese Wortwahl! Aber Sie haben uns immer nur mit Allgemeinplätzen beglückt.

Wir hatten 2003 und 2006 jeweils eine Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms. Sie geschah also innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums. 2006 hat der zuständige Minister gesagt: Wir haben gekürzt, entbürokratisiert und entschlackt, soweit es überhaupt möglich war. Aber nun sagen Sie wieder: Ja, wir entbürokratisieren, wir entschlacken. Wir wissen nicht, was dann immer noch gesteigert werden soll.

Aber mit einer vernünftigen Raumordnung und einer vernünftigen Landesplanung hat das nichts mehr zu tun. Es gibt keinerlei Weichenstellungen. Es ist nicht erkennbar, wie zielführend mit den Folgen des demografischen Wandels und den Folgen des Klimawandels umgegangen wird. Es gibt keine gescheiten Anweisungen zur Energiewende. Umgekehrt findet sich jedoch die Festsetzung für die dritte Startbahn. Großmärkten auf der grünen Wiese wird weiterhin der Weg geebnet. Das alles geht völlig in die falsche Richtung. Sie sollten sich doch bitte einmal mit den Inhalten auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege von Gumpenberg zur Beantwortung.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Sehr geehrter Herr Dr. Runge, ich habe mich durchaus mit den Inhalten auseinandergesetzt. Wir haben über das Thema an dieser Stelle schon mehrfach diskutiert, auch Einzelheiten besprochen.

Sie haben die Frage gestellt, warum Gemeinderäte möglicherweise den Wunsch haben, die Fristen verlängert zu bekommen. Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Wenn man Kollegen Mütze folgt, der gesagt hat, er habe eine halbe Stunde gebraucht, um eine Vorbereitung für das LEP zu machen, dann müsste es doch einem Gemeinderat möglich sein, auch in der Ferienzeit die für das LEP nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Entscheidend ist, dass das LEP behandelt wird. Das müssen die Gremien machen, die damit befasst sind. Auch Kommunen beschäftigen sich damit intensiv. Sie haben Zeit, sich damit auseinanderzusetzen und Einwände vorzutragen. Dies ist geschehen und wird auch noch einmal in einem zweiten Prozess passieren. Ich weiß nicht, was dagegen spricht. Ich glaube, das LEP ist auf einem exzellenten Weg. Es mag nicht alle befriedigen, nicht allen recht sein, aber es ist eine Vision, die für die Zukunft dieses Landes entwickelt wird. Ich glaube, dabei sind wir auf einem guten Weg.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Abschließend hat sich Herr Staatsminister Zeil zu Wort gemeldet.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es galt, 2.500 Stellungnahmen auszuwerten. Die Anzahl der Stellungnahmen hat gezeigt, dass es offensichtlich möglich war, den von uns gesetzten Zeitraum einzuhalten. Dieser Zeitraum hat übrigens sehr viel früher begonnen, als hier gesagt worden ist, nämlich bereits Ende Mai. Wir haben gesagt: Wenn nach Ablauf der Frist noch etwas kommt, wird es mit berücksichtigt. Es war also offensichtlich möglich, sich überall ausführlich mit dem LEP zu beschäftigen.

Bei fast der Hälfte der Eingaben handelte es sich um Bürgereinwendungen. Der Löwenanteil hiervon war, wie man nicht anders erwarten konnte, gegen die dritte Startbahn gerichtet. Von daher muss man das nicht hinsichtlich der Qualität, aber vom Thema her etwas relativieren.

Wir haben im Kabinett die aus unserer Sicht erforderlichen und sich aus der Anhörung ergebenden Änderungen beschlossen. Zu diesen Änderungen – und nur zu diesen – findet ab morgen ein weiteres Anhörungsverfahren statt. Das LEP war bereits am 25. Oktober Gegenstand dreier Dringlichkeitsanträge der Opposition. Neues Inhaltliches vermag ich den heutigen Dringlichkeitsanträgen beim besten Willen nicht zu entnehmen. Sie erinnern ein bisschen an Goethe: Getretener Quark wird breit, nicht stark.

Daher sollten wir uns der Sache widmen. In der Sache haben wir folgende Änderungen vorgenommen:

Der sogenannte strukturschwache Raum wird in maßvollem Umfang erweitert. Wir nehmen zusätzlich die Landkreise Miltenberg, Rottal-Inn sowie die Regionen Landkreis und kreisfreie Stadt Passau und die Stadt Schweinfurt mit dem Landkreis Schweinfurt auf.

Herr Kollege Muthmann, das Murmeltier pflegt einen langen Winterschlaf einzulegen. Sie haben offenbar in Ihrem vorweggenommenen Winterschlaf nicht mitbekommen, dass wir diese Entscheidung getroffen haben. Anders ist es nicht zu erklären, dass Herr Kollege Muthmann in derselben Zeitung, in der ich die Erweiterung bekannt gegeben habe, kritisiert, dass der nördliche Landkreis Passau nach wie vor nicht ernst genommen werde; das sei doch unglaublich; und er müsse jetzt dem Wirtschaftsminister Beine machen.

Aber manchmal wäre es gut: Erst lesen, dann reden. Das empfehle ich Ihnen. Das bringt unser Land weiter.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir haben das Kapitel "Energieversorgung" deutlich überarbeitet. Wir nehmen Festlegungen zur Energieeinsparung und Energieeffizienzsteigerung auf. Die Festlegungen zu den regenerativen Energien werden um Aussagen zu Wasserkraft, Biomasse und Tiefengeothermie ergänzt.

Herr Kollege Runge, in diesem Zusammenhang sage ich noch dies: Wir können hier viel aufschreiben. Wir können Grundsätze und Ziele festlegen. Nur hätte ich ganz gern, dass Sie, wenn es um die konkreten Projekte und um Trassen geht, vor Ort für die Projekte werben, statt sich, wie es leider so oft geschieht, in die Büsche zu schlagen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das sage ich sehr deutlich.

Wiederaufgenommen in das LEP haben wir den Tourismus. Es ist wohl unstrittig, dass es sich hier um eine Leitökonomie handelt. Wir haben mit unserem Tourismuskonzept, auf das hier verwiesen wurde, und mit den dankenswerterweise seitens der Koalitionsfraktionen zusätzlich zur Verfügung gestellten Mitteln für den Tourismus ohnehin noch sehr viel mehr gemacht.

Wir haben das Kapitel "Soziale und kulturelle Infrastruktur" moderat ergänzt. Wir haben beim Anbindungsziel sachgerechte Erweiterungen bei den Ausnahmen vorgenommen und damit Spielräume für die Gemeinden geschaffen. Das gilt sowohl für die Logistikunternehmen, für die Verteilzentren als auch für die Ausnahmen für produzierende, emittierende Gewerbebetriebe.

Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Änderungen. Aber insgesamt haben wir – und das war mir auch persönlich wichtig – an der Grundstruktur eines neuen, schlanken LEP festgehalten. Wären wir allen Wünschen von Kommunen und Verbänden, die sich untereinander vielfach widersprechen und unterscheiden, nachgekommen, hätten wir ein unabgestimmtes Wunschkonzert, aber kein schlagkräftiges LEP bekommen.

Deswegen muss man sich hier entscheiden. Es sind Interessengegensätze, und Aufgabe der Landesplanung ist es, genau hierfür Konfliktregelungen und Leitplanken festzusetzen und nicht jedem alles zu geben, was er gerade fordert.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke, wir haben im Ergebnis auch für die kommunale Familie, die übrigens sehr gegensätzliche, oft unterschiedliche Ansätze hat, ein ausgewogenes Ergebnis zwischen erforderlicher staatlicher Steuerung und sinnvollen Spielräumen für die Kommunen erreicht. Das trifft für das Anbindungsziel ebenso zu wie für die Zulässigkeit von Einzelhandelsprojekten.

Es ist einfach ein Märchen, das Sie immer wieder erzählen, dass der Einzelhandel jetzt beliebig auf der grünen Wiese bauen kann. Das ist nicht der Fall. Das Anbindungsgebot bleibt, die integrierte Lage bleibt. Wir haben lediglich mehr Spielräume für die Lebensmittelversorgung gegeben, damit die Kommunen mehr Möglichkeiten in ihrem Verantwortungsbereich haben. Wir wollen mit diesem LEP Bayern gerade in seiner Einzigartigkeit, in seiner Einmaligkeit erhalten. Mit dieser Steuerung, die nicht allen gefällt, gerade auch vielen kommunalen Vertretern nicht, wollen wir verhindern, dass wir überall diesen seelenlosen Siedlungsbrei bekommen, wie es ihn zum Teil in anderen Ländern gibt. Bayern soll einzigartig bleiben, und dem dient auch dieses LEP.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch aus den Äußerungen des Städtetagspräsidenten, der hier, glaube ich, mehr als SPD-Funktionär gesprochen hat,

(Unruhe bei der SPD)

schließe ich, dass er das LEP offenbar gar nicht gelesen hat. Sonst hätte er diese Behauptungen nicht aufstellen können, die wir zum Teil auch längst beantwortet haben. Deswegen rate ich dem einen oder anderen Funktionär: Nehmen Sie Ihre Verantwortung für den Verband wahr, für den Sie gewählt wurden, und nicht so sehr für das Parteibuch, das Sie tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden morgen alle über die Frist informieren, sodass genug Zeit ist. Nach dem Gesetz ist nur eine Frist von einem Monat vorgesehen, die sogar noch verkürzt werden könnte. Wir machen es, weil wir natürlich die Weihnachtstage in Rechnung stellen, bis Mitte Januar. Ab morgen kann sofort beraten werden. Ab morgen wissen auch alle Beteiligten, worum es geht. Ich finde, wir sollten nicht immer jammern, dass alle Verfahren so lange dauern - das ist ja etwas, was wir allgemein beklagen, was auch der Bürger beklagt -,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

aber dann, wenn es konkret wird, auf die Bremse treten. Wir sollten zügig beraten.

Zum Abschluss will ich sagen: Frau Kollegin Karl, Sie nehmen immer so große Worte in den Mund: Wir versündigen uns an den jungen Menschen. Diese Staatsregierung macht eine Politik, die dazu geführt hat, dass wir die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa haben,

(Beifall bei der CSU und der FDP)

dass die Menschen in diesem Land Arbeit haben. Da sagen Sie, wir versündigten uns an den jungen Menschen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir tun das Gegenteil.

(Alexander König (CSU): Genau!)

Wir schaffen Chancen für die jungen Menschen, und das in allen Landesteilen.

(Alexander König (CSU): Jawohl! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Insofern lade ich Sie alle ein: Beteiligen Sie sich konstruktiv, möglichst mit Ideen, nicht mit Plattitüden, an diesem Diskussionsprozess. Wir werden dieses LEP zügig, aber mit der gebotenen Sorgfalt im Bayerischen Landtag, wenn wir es im Januar zuleiten, beraten. Diese Koalition hat auch mit dem LEP erneut bewiesen, dass sie im Gegensatz zu Ihnen eine klare Vision für die Zukunft dieses Landes hat. Das bildet sich auch in diesem Landesentwicklungsprogramm ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für eine Zwischenbemerkung hat sich Herr Muthmann zu Wort gemeldet.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, zunächst will ich zu Ihrem Anliegen, das Verfahren zügig zum Ende zu bringen, darauf hinweisen, dass die Staatsregierung vier Jahre gebraucht hat, um überhaupt einen diskussionswürdigen Entwurf vorzulegen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und jetzt die Beteiligten dazu drängt, innerhalb einer kurzen Frist, einmal in der Sommerpause und einmal in den Weihnachtsferien, eine Stellungnahme dazu abzugeben.

Eigentlich habe ich mich aber zu einem anderen Aspekt zu Wort gemeldet. Ich nehme schon an, dass Sie uns gerne im Winterschlaf hätten. Das können wir uns aber nicht erlauben, weil wir auch in den nächsten Wochen sehr aufmerksam verfolgen werden und müssen, was Sie mit dem LEP noch vorhaben.

Mich hat heute auch amüsiert, dass die "Passauer Neue Presse" eine Pressemitteilung von mir abgedruckt hat, die schon ein paar Tage alt ist. Aber die Ursache für diese Pressemitteilung war Ihre Äußerung in der letzten Woche, mit der Sie angekündigt hatten, den Landkreis Passau in die Förderkulisse für die besonders benachteiligten Gebiete nicht aufnehmen zu wollen. Dass es diese Woche anders ist, freut uns. Das war – da bin ich mir sicher – durchaus auch auf die schnellen Reaktionen aus

dem südöstlichen und östlichen Bereich des Landkreises Passau zurückzuführen. Dank der Initiativen und Interventionen auch der Kollegen der Opposition ist uns das auch gelungen.

Wir werden weiterhin aufmerksam verfolgen, welche Veränderungen es noch gibt. Das ist auch dringend notwendig. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass Ihre Haltung zur Förderkulisse in der letzten Woche noch eine andere war, deswegen unsere öffentlichen Äußerungen dazu.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege Muthmann, Sie liegen wie so oft auch in dieser Frage leider scharf daneben. Es gibt eine solche Äußerung von mir nicht, im Gegenteil. In der vergangenen Woche war von mir bereits angekündigt worden, dass wir Veränderungen vornehmen werden. Warten Sie erst einmal ab.

Ich weiß ja, wie das ist. Man muss präsent sein, das verstehe ich. Aber wenn man zu schnell schießt, trifft man auch häufig daneben. Das war eine von unserer Seite klare und abgestimmte Linie. Aber so ist es eben. Insofern rate ich Ihnen, bei der einen oder anderen Pressemitteilung zu überlegen, ob Sie noch auf dem aktuellen Stand sind.

Zu dem Verfahren will ich sagen: Auch da war es so, dass wir zuerst das Landesplanungsgesetz zu beraten und zu beschließen hatten. Erst dann konnten wir parallel dazu das neue LEP vorlegen. Das baut doch aufeinander auf. So ist es geschehen, so ist es sehr gut und schnell und ausgiebig geschehen. So werden wir es auch zum Abschluss dieser Legislaturperiode halten und dieses LEP im Frühjahr beschließen. Sie sind herzlich eingeladen, sich konstruktiv einzubringen.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir können deshalb die Aussprache schließen und zur Abstimmung schreiten.

Wir haben zwei Anträge, die zur Abstimmung stehen. Zuerst rufe ich den Antrag auf, den wir in einfacher Form abstimmen können. Das ist der Dringlichkeitsantrag Drucksache 16/14933, der Antrag der FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

Könnten wir uns ein bisschen konzentrieren? Dann wären wir schneller fertig. Wer diesem Antrag der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen von CSU und FDP. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Über den zweiten Antrag auf der Drucksache 16/14921 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – wird in namentlicher Form abgestimmt. Die Wartezeit ist mit 30 Minuten gut abgelaufen. Deshalb gehe ich davon aus, dass wir drei Minuten für die Abstimmung ansetzen können. Ist das in Ordnung? – Gut. Dann bitte ich, mit der Stimmabgabe zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 17.20 bis 17.23 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nutzen Sie die letzten Sekunden. Die drei Minuten sind um. Der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Die Kärtchen werden außerhalb ausgezählt. Das Ergebnis wird nachher bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/14922 und 16/14923 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Wir haben jetzt noch drei Tagesordnungspunkte auf der Agenda. Ich gehe jedoch davon aus, dass wir maximal zwei bewältigen werden. Das bedeutet, der dritte Tagesordnungspunkt kommt höchstwahrscheinlich das nächste Mal auf die Tagesordnung.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Die Nummer 11 der Antragsliste, Tagesordnungspunkt 9, wird in der Plenarsitzung in der nächsten Woche behandelt. Sie wird in die Tagesordnung aufgenommen sein, sodass ich jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Karl, Güller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Landesentwicklungsprogramm: Erneutes Anhörungsverfahren nutzen für substanzielle Verbesserungen!" auf Drucksache 16/14921 bekannt geben kann. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 72. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

